



Buchs, 19. Juni.2026

Motion

«betreffend Vandalismus und Littering auf öffentlichem Grund»

Inhalt

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können, um Vandalismus und Littering auf öffentlichem Grund vorzubeugen. Beispiele dafür sind die Schulareale, Begegnungszonen und Spielplätze.

Ebenso ist zu prüfen, welche eventuell zusätzlichen, rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Vandalismus und Littering auf öffentlichem Grund griffig zu begegnen und letztendlich auch zu ahnden.

Begründung

Die Vorkommnisse der letzten Wochen zeigen, dass immer wieder öffentliches Eigentum mutwillig beschädigt oder ganz zerstört wird. In der AZ war zu lesen, dass in der Schulanlage Suhrenmatte eine Sitzgelegenheit mit Tisch mutwillig zerstört wurde. Ebenfalls wurden dort mehrere Wegleuchten beschädigt und teilweise mit Feuerwerkskörpern gesprengt und aus ihren Befestigungen gerissen. Zudem wurden im Schulhaus Gysimatte zwei Dachwasserfallrohre eingedrückt.

Im Schulhaus Risiacher müssen immer wieder eingeschlagene Scheiben ersetzt werden und vor den Frühlingsferien wurden dort Eternitplatten abgerissen. Auch im neue Kindergaren Triesch wurden die aufwändigen Malerarbeiten abgekratzt und zerstört.

Leider ist ein respektvoller Umgang mit fremdem Eigentum nicht mehr selbstverständlich und Leute mit Zivilcourage sind auch nicht immer zur Stelle. Das führt dazu, dass die verursachten Schäden aus der Kasse der Allgemeinheit beglichen werden müssen und unsere sonst schon strapazierten Finanzen zusätzlich und unnötig belastet werden.

Schon im Juni 2022 hat Heidi Niedermann ein Postulat eingereicht mit der Bitte, eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenreglements im Kampf gegen Littering und Vandalismus einzusetzen. Im August 2023 haben wir im Einwohnerrat über die Einführung von Videoüberwachung beim Schulhaus Risiacher und bei der Sammelstelle beim Gemeindesaal diskutiert. Letztendlich ging es um einen Grundsatzentscheid, ob wir Kameras wollen oder nicht. Das Kreditbegehren wurde mit 29 zu 7 Stimmen abgelehnt. Da das Littering-Problem anhält und sich die Vandalenakte häufen, bitte ich um ein Prüfen von geeigneten Massnahmen, die diesem Problem entgegen wirken könnten.

Andrea Suter, Einwohnerrätin, im Namen der EVP Fraktion

Traktandum 6 Geschäftsnummer: 76

Bericht zum Postulat von Heidi Niedermann, Littering. Einführung Videoüberwachung beim Schulhaus Risiacher und bei der Sammelstelle Gemeindesaal. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. August 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Sandra Meier-Jaisli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): An der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2022 hat Heidi Niedermann ein Postulat eingereicht mit der Bitte eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenreglements im Kampf gegen Littering und Vandalismus einzusetzen. Am 21. September 2022 wurde das Postulat mit 32 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen. Die rechtliche Ausgangslage zeigt sich wie folgt: Die rechtliche Grundlage zur Videoüberwachung ist in § 20 des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) geregelt. Der Gemeinderat hat ein Reglement zu erlassen, welches die Grundzüge der Überwachung festhält. Ebenfalls müssen die Standorte der Kameras im Reglement geregelt werden. Das Reglement ist von der kantonalen Stelle für Öffentlichkeit und Datenschutz genehmigen zu lassen. Was kann unternommen werden? Littering und Vandalismus sowie Sprayereien nahmen vor allem in den letzten Jahren massiv zu. Trotz erhöhter Polizeipräsenz an den Hotspots blieb der Erfolg leider mässig. Der Gemeinderat erachtet daher die Einführung der Videoüberwachung als sinnvoll. Die Kameras sollen abschrecken und helfen, fehlbare Personen zu identifizieren. Zusätzlich wird auch die Jugendarbeit und die Schule um Präventions- und Aufklärungsarbeit gebeten. Das Fazit zeigt sich wie folgt: Der Gemeinderat sah davon ab, eine überparteiliche Arbeitsgruppe einzusetzen, da er der Meinung war, dass die Ausarbeitung des Reglements verwaltungsintern effizienter und ebenfalls zielführend erfolgen kann. Das Reglement ist bereits ausgearbeitet. Nur die Standorte müssen noch bestimmt werden. Sobald die finanziellen Mittel vom Einwohnerrat genehmigt sind, wird das Reglement fertiggestellt und dem Kanton eingereicht.

Es wurden zwei Hotspots ausgewählt. Dies vor allem aus Kostengründen. Die Sammelstelle beim Gemeindesaal und das Schulhaus Risiacher. Bei der Sammelstelle nahmen die Reklamationen wegen Ruhestörung stark zu. In der FGPK haben wir erfahren, dass es offenbar Leute gibt, die am Sonntagmorgen um 7.00 Uhr Flaschen entsorgen. Das kann nicht sein. Wir haben in der FGPK auch darüber gesprochen, ob die Sammelstelle noch benötigt wird. Uns wurde aber gesagt, dass die Sammelstelle viel besucht werde. Beim Schulhaus Risiacher gibt es vor allem Sprayereien und Vandalismus.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 2 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), den Verpflichtungskredit von Fr. 46'000.-- für die Anschaffung und Installation der Videoüberwachungs-Infrastruktur beim Schulhaus Risiacher (Fr. 25'000.-- zu Lasten Dienststelle 2170) und bei der Sammelstelle Gemeindesaal (Fr. 21'000.-- zu Lasten Eigenwirtschaftsbetrieb Dienststelle 7301) abzulehnen.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Ich nehme die mehrheitliche Ablehnung des gemeinderätlichen Antrages zur Anschaffung und Installation von zwei Video-Überwachungskameras in der FGPK mit einigem Befremden und Bedauern zur Kenntnis. Ich denke, dass die Installation von zwei Kameras mehr nützt als Kosten entstehen. Ich bin mir bewusst, dass die Kosten von Fr. 46'000.-- ins Gewicht fallen, aber es gibt viele Gemeinden in unserer Nachbarschaft, die bereits vor längerer Zeit Kameras angeschafft haben, mit dem Erfolg, dass verschiedenste Probleme mit Vandalismus und Littering angegangen werden konnten. Ich

wäre froh, wenn wir diese Kameras nicht brauchen würden, aber ich glaube es ist einfach nötig. Ich bin froh, dass die Verwaltung bereits ein Reglement ausgearbeitet hat. Neben dem Reglement braucht es noch diverse Antragsformulare und diese Arbeiten sind gemäss Botschaft bereits getätigt. Es wäre schade, wenn die getätigten Vorbereitungen umsonst gemacht worden wären. Ich bitte euch daher um Zustimmung zum Kreditantrag.

Herr Dieter Stüssi: Ich bin auch dafür, dass Übeltäter am Kragen gepackt werden. Es ist natürlich auch eine Frage der Verhältnismässigkeit. Ich habe eine Frage an die Postulantin. Du wohnst neben der Sammelstelle Gemeindesaal. Wie oft kommen solche Störungen vor. Ich entsorge dort auch ab und zu Flaschen - natürlich den Tag durch. Von Seiten Littering hat es an diesem Ort massiv gebessert.

Frau Heidi Niedermann: Es kommt ab und zu vor. Es ist aber nicht meine Absicht uns vor Lärm dieser Anlage zu schützen. Mir geht es vor allem um den effektiven Vandalismus. Wenn hier von Lärm gesprochen wird, kommt mir der Hotspot Gysimatte viel eher in den Sinn. Dort hat es den ganzen Sommer durch zu viel Lärmimmissionen geführt. Über diese Hotspots müsste vielleicht wirklich noch gesprochen werden. Das Risiacher ist für mich ganz klar einer.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich kann noch ergänzen, dass im Rahmen der Gemeindepräsidentensprechstunde, welche Urs Affolter normalerweise macht, eine Person bei mir war, welche sich beschwert hat, dass sich im Sommer mehrfach Jugendliche und Erwachsene bis am morgen früh lärmend dort aufgehalten haben. Mir ist bekannt, dass sich eine weitere Person im Zusammenhang mit Littering beschwert hat.

Herr Andreas Tschan: Mir geht es auch um die Verhältnismässigkeit. Ich möchte aus dem Merkblatt Videoüberwachung zitieren: "Nicht jedes Problem vermag den durch eine Videoüberwachung verursachten Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen zu rechtfertigen. Das Problem muss von einer bestimmten Schwere sein, damit der Einsatz einer Videoüberwachung zu dessen Bewältigung als Mittel in Frage

kommt. ... Ausserdem müssen mildere Massnahmen ohne Erfolg geblieben sein, von vornherein keinen Erfolg versprechen oder finanziell oder personell unzumutbar sein." Ich habe keine Kenntnisse von bisher getroffenen milderen Massnahmen, welche erfolglos blieben. Ich denke an Prävention, eventuell die Schliessung der Sammelstelle oder mit einer Videoattrappe. Für mich sind die vom Gemeinderat genannten Vorfälle zwar lästig aber sie haben keine bestimmte Schwere. Eine bestimmte Schwere wäre die Bedrohung von Leib und Leben, schwere Gewalttaten oder massive wiederholte teure Sachbeschädigungen. Ich finde die Kosten der Videoüberwachung - vermutlich kommt noch einiges dazu - stehen nicht im Verhältnis der vermeintlich verhinderbaren Deliktsumme. Häufig zeigt sich auch, dass trotz Videokameras Leute nicht identifiziert werden können und keine Bussen ausgestellt werden. Ich habe noch einen kleinen Hinweis. Es gibt eine Internetseite www.littering-toolbox.ch - sie ist unter anderem auch vom Bund finanziert - dort sind 29 Massnahmen gegen Littering aufgeführt. Videoüberwachung ist nur eine dieser 29 Massnahmen. Somit haben wir noch Potenzial 28 andere Massnahmen zu prüfen. Ich finde es schade, dass keine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Ich denke nicht an eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Reglements, sondern an eine, welche ein umfassendes Konzept erstellt hätte für die Gemeinde, welches den Umgang mit den Themen Littering und Sachbeschädigungen umfassend angeschaut hätte. Es ist wiederum eine verpasste Chance der Gemeinde Buchs zusammen mit der Bevölkerung eine nachhaltige Lösung zu einem gesellschaftlichen Problem zu suchen und in einem solchen Prozess zu ermöglichen auch etwas für den Zusammenhalt und die Dorfidentität zu tun, indem gemeinsame Lösungen erarbeitet werden. Ich werde den Kredit ablehnen. Ich bin nicht strikt gegen die Überwachung aber ich finde es nicht verhältnismässig.

Herr Reto Bianchi: Ich arbeite an einem Ort, an dem eine Videoüberwachungsanlage installiert ist. Was sind die Folgen: Einige Wochen nach der Installation wurden bereits gewisse Kameras abgerissen - notabene so, dass nicht erkannt wurde, wer das getan hat. Weiter wurden Kameras abgeklebt. Das Problem verschiebt sich einfach von A nach B. Wenn B überwacht wird, geht es zu C und so weiter. Ich würde eher an den 28 anderen Massnahmen anschliessen und zuerst dort etwas versuchen. Es braucht wirklich viel, bis eine Videoaufnahme ausgewertet werden darf. Man kann nicht einfach so die Aufnahmen anschauen. Es braucht die Polizei und eine Anzeige - also eine gewisse Schwere, damit die Bilder ausgewertet werden dürfen. Daher würde ich zuerst die anderen 28 Massnahmen prüfen.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Diese 28 Tools sind uns ebenfalls bekannt, gewisse davon sind bereits umgesetzt. In der Prävention sind wir dran. Die Anfrage von Heidi war aber eine andere. Sie war mit der Antwort nicht zufrieden und hat daher das Rahmenreglement gefordert. Dieses Reglement setzt Kameras voraus. Auch Fake-Kameras brauchen eine Bewilligung, die dürfen nicht einfach so aufgehängt werden. Wir haben nun die Antwort zum Postulat erstellt, wenn diese im Rat nicht ankommt, so wie sie in der FGPK nicht angekommen ist, ist das so. Ich kämpfe nicht auf Blut und Nieren für diese Kameras. Wir haben in der FGPK deutlich gespürt, dass es um einen Grundsatzentscheid geht. Wenn wir die Kameras an einem Ort installieren, haben wir sie später auch an einem anderen Ort. Heidi Niedermann hat ja gesagt, die Gysimatte ist lauter als die Entsorgungsanlage. Wenn wir anfangen, wird es zu einer nächsten und einer übernächsten Kamera kommen. Daher sind wir der Meinung, dass es heute um den Grundsatzentscheid für oder gegen die Kameras geht. Entsprechend steht auf der letzten Seite der Botschaft, dass bei einer Kreditablehnung des Einwohnerrats das Reglement nicht weiterbearbeitet wird.

Frau Heidi Niedermann: Ich bin von den Voten nur halb überzeugt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir auf Biegen und Brechen eine Videoüberwachungsinfrastruktur brauchen, aber ich finde es sehr schade, dass diese Begleitgruppe - und ich spüre, dass hier einige Personen sind, die mehr wissen als ich - nicht verwirklicht wurde.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Es hindert niemanden daran eine solche Gruppe zu gründen. Wenn genügend Interessenten vorhanden sind, kann ein runder Tisch gemacht werden, dem steht nichts im Weg. Man kann zusammensitzen und Konzepte ausarbeiten die dann umgesetzt werden können. Da bieten wir Hand. Aber so wie ich das einschätze, wärest du nicht ganz unglücklich mit den Kameras.

Antrag

Für die Anschaffung und Installation der Videoüberwachungs-Infrastruktur beim Schulhaus Risiacher (Fr. 25'000.-- zu Lasten Dienststelle 2170) und bei der Sammelstelle Gemeindesaal (Fr. 21'000.-- zu Lasten Eigenwirtschaftsbetrieb Dienststelle 7301) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 46'000.-- zu genehmigen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 29 : 7 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.